

Partikularismus und Universalismus in der Migrationsgesellschaft

Positionaler Fundamentalismus oder demokratische
Identitätspolitik?



Abb. 1, Symbolbild Quelle (https://stock.adobe.com/de/images/crowd-of-people-in-the-sun/131337343?prev_url=detail)

Identitätspolitik wird oft als antidemokratisch kritisiert, als Hindernis für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt. Karsten Schubert argumentiert dagegen: Für gelingende Demokratisierung ist es wichtig, dass marginalisierte Gruppen ihre Standpunkte in den politischen Diskurs einbringen. Denn erst dadurch werden epistemische Blockaden überwunden und Werte wie Vernunft, Freiheit und Gleichheit besser verwirklicht.

Identitätspolitik ist die politische Praxis von marginalisierten und diskriminierten Gruppen, die sich in Bezug auf eine kollektive Identität gegen ihre Benachteiligung durch Strukturen, Kulturen und Normen der Mehrheitsgesellschaft wehren. Ein oft an Identitätspolitik kritisierendes Problem ist „positionaler Fundamentalismus“ (Villa Braslavsky 2020, S. 74), also das Gleichsetzen sozialer Positionen mit epistemischen Möglichkeiten und politischen Einstellungen. Die Kritik lautet, bei Identitätspolitik käme es meist mehr darauf an, wer etwas sagt, als was gesagt wird. Dies gehe mit Relativismus einher, der keine gemeinsame, universelle Position mehr ermögliche und deshalb auch emanzipative Politik verhindere (Feddersen/Gessler 2021, S. 101ff., 208f.). Um auf diese Kritik des positionalen Fundamentalismus und Relativismus zu antworten, entwickle ich eine neue Darstellung der Identitätspolitik als inhärent intersubjektiv und grundlegend für die Demokratie. Dabei stütze ich mich auf die radikale Demokratietheorie und die feministische Standpunkttheorie. Dieser Ansatz ist notwendig, um das philosophische Problem zu lösen, das im Mittelpunkt der Debatten über Identitätspolitik steht: die Spannung zwischen partikularistischer Machtpolitik einerseits und Politik als universalistischer Appell an die Vernunft andererseits.

von Karsten Schubert (Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg)

Da die Spannung zwischen Partikularismus und Universalismus bzw. Macht und Vernunft ein Kernthema der radikaldemokratischen Theorie ist, ist sie ein besonders geeigneter Rahmen, um Identitätspolitik (<https://demokratie.jff.de/glossar/identitaetspolitik/>) zu verstehen. Radikaldemokratisch betrachtet ist Identitätspolitik grundlegend für die Demokratie. Diese Interpretation stützt sich auf die Arbeiten von Lefort (1988), Laclau, Mouffe (Laclau/Mouffe 2001; Mouffe 2008) und Rancière (1999), die ein Verständnis der bestehenden politischen Ordnung als notwendigerweise partikularistisch und exklusiv vorschlagen, da schon die Idee von Gleichheit und Freiheit umstritten ist – und umso mehr intentionelle Versuche, sie zu realisieren. Demokratie hingegen ist der fortwährende Kampf um Gleichheit und Freiheit und zielt daher darauf ab, die real existierenden demokratischen Institutionen entsprechend zu verändern. Dabei können die universellen Ansprüche von Gleichheit und Freiheit nur durch ihre wiederholte Aktualisierung in identitätspolitischen Kämpfen wirksam werden, weil nur aus diesen Perspektiven gesehen werden kann, wo Gleichheit und Freiheit nicht verwirklicht sind. Aus der Perspektive derjenigen, die privilegiert (<https://demokratie.jff.de/glossar/privilegien/>) sind, sieht es nämlich oft so aus, als gäbe es gar keine Probleme. Das disruptive Durchbrechen etablierter Verständnisse des universellen Diskurses durch partikulare Identitätspolitik ist zentral für die weitere Demokratisierung der Demokratie. Diese radikaldemokratische Bejahung von Identitätspolitik als partikulare Störung des Universellen bestätigt jedoch prima facie die Befürchtung, dass hier einer Perspektivenrelativität das Wort geredet wird, die den rationalen Diskurs und damit das Fundament der Demokratie zerstört.



Abb. 2, Standpunkte sind mehr als Perspektiven [Quelle \(https://stock.adobe.com/de/images/personen-der-completano-puzzle-per-fare-la-testa-umana-illustrazione-vettoriale/324210896?prev_url=detail\)](https://stock.adobe.com/de/images/personen-der-completano-puzzle-per-fare-la-testa-umana-illustrazione-vettoriale/324210896?prev_url=detail)

Dieses Problem lässt sich mithilfe von Standpunkttheorien lösen, die es erlauben, zwei auf den ersten Blick widersprüchliche Behauptungen zu begründen und miteinander zu versöhnen: dass partikulare Standpunkte notwendig sind, um die gegenwärtige diskursive und institutionelle Ordnung zu kritisieren, und dass solche Standpunkte auf intersubjektiver Vernunft beruhen und daher eine inhärente Konsensorientierung haben. In Anlehnung an die Konzepte der Standpunkttheorien von „starker Objektivität“ (Harding 1993) und „situiertem Wissen“ (Haraway 1988) schlage ich vor, einen neuen Begriff von Objektivität in die radikaldemokratische Darstellung der Identitätspolitik einzuführen. Die Standpunkttheorie zeigt, wie Identitätspolitik, obwohl sie von bestimmten Standpunkten aus artikuliert wird, die konventionelle Objektivität kritisieren, zur objektiven Beschreibung sozialer Verhältnisse beiträgt. Die radikaldemokratische und standpunkttheoretische Interpretation von Identitätspolitik erklärt somit, dass das ständige Oszillieren zwischen Partikularismus und Universalismus für die Demokratie konstitutiv ist. Identitätspolitik gefährdet also nicht die Demokratie, sondern demokratisiert sie. Ich erläutere in vier Punkten, warum die Privilegierung unterdrückter Perspektiven intersubjektives Verstehen nicht ausschließt, sondern es ermöglicht.

(1) Perspektiven und Standpunkte. Eine Perspektive ist ein bestimmter Blickwinkel, der mit einer sozialen Position verbunden ist, während ein Standpunkt Arbeit und Entwicklung erfordert: Er ist nicht einfach gegeben, sondern das Ergebnis eines systematischen Erfahrungsaustauschs durch intersubjektiv geteilte Diskurse. Eine Schlüsselkomponente ist das, was MacKinnon (1991, S. 83–105) als „consciousness raisings“ bezeichnet: der Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedern unterdrückter Gruppen, der die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins und einer gemeinsamen Kultur unter den Mitgliedern dieser Gruppe ist. Bewusstseinsbildung ist notwendig, weil hegemoniale Ideologien so stark sind, dass sie die epistemischen Fähigkeiten unterdrückter Subjekte so deformieren können, dass sie ihre Unterdrückung oft nicht wahrnehmen.

(2) Partikularität und Universalität. Wie kann eine solche identitätspolitische Intersubjektivität mehr sein als eine diskursive Blase ohne kommunikative Verbindungen zum Mainstream-Diskurs? Wie kann die Partikularität des Standpunkts mit der Universalität verbunden werden? Die Antwort ist die Wissensproduktion, insbesondere akademische Wissensproduktion. Die Definition eines Standpunkts beinhaltet im Gegensatz zur bloßen Perspektive nicht nur den intersubjektiven Diskurs und die kulturelle Konstruktion auf der Grundlage der Erfahrungen unterdrückter Gruppen, sondern auch die Forschung ausgehend von diesen minoritären Erfahrungen. Die Konzepte des „situierten Wissens“ und der „starken Objektivität“ zeigen, wie solche Wissensproduktion funktioniert, ohne in Positivismus und falschen Universalismus zurückzufallen. Der Schlüssel liegt nach Haraway (1988) nicht nur in der Pluralisierung der Wissensproduktion, sondern auch darin, die Konstruktionsprozesse der situierten Wissensbestände kontinuierlich kritisch zu reflektieren. So wird zwar Standpunktwissen aus den Erfahrungen partikularer Gruppen konstruiert, zielt aber auf objektives Wissen und Universalisierung ab.

(3) Epistemische Blockaden und Lernen. Das objektive Wissen, das durch Standpunkte erzeugt wird, kann und sollte von allen gelernt und gekannt werden, unabhängig von ihren Perspektiven. Dies erfordert ein hohes Maß an kritischer Reflexivität, insbesondere von dominanten Gruppen. Der Ausschluss minoritärer Standpunkte durch die [Dominanzkultur](https://demokratie.jff.de/glossar/dominanzkultur/) (<https://demokratie.jff.de/glossar/dominanzkultur/>) ist zumeist auf das Fehlen einer solchen kritischen Reflexivität seitens privilegierter Akteur*innen zurückzuführen. Sie können die Situietheit ihres eigenen Wissens ausblenden, indem sie sich auf ein universalistisches Verständnis von Objektivität zurückziehen. Gerade für privilegierte Akteur*innen ist es deshalb wichtig, dass sie kritisch reflektieren, indem sie von minoritären Perspektiven lernen und eine Aufmerksamkeit dafür entwickeln, wie sie selbst – oft unwissentlich – an unterdrückenden epistemischen Praktiken beteiligt sind.

Fricker (2007) untersucht das Phänomen der epistemischen Ungerechtigkeit. Wenn Minderheiten pauschal als nicht glaubwürdig gesehen werden, behindert dies die Kommunikation von Wissen und Kritik und führt zu falschen Überzeugungen aufseiten der Zuhörer*innen. Diese falschen Überzeugungen hätten sie korrigieren können, wenn sie unvoreingenommen zugehört hätten. Wenn Mitglieder dieser unterdrückten Gruppen Mitgliedern dominanter Gruppen ihre sozialen Erfahrungen erklären, kann es sein, dass ihre Erfahrungen aufgrund des Mangels an gemeinsamen Konzepten nicht verstanden werden. Die Stabilisierung des Rassismus ist ein typischer Fall von epistemischer Ungerechtigkeit in all ihren verschiedenen Formen. „Weiße Ignoranz“ rührt nach Mills (2007, S. 13) aus rassistischen Wahrnehmungen, der Ideologie der *weißen* Vorherrschaft und rassistischen kollektiven Erinnerungsnarrativen. Medina (2016, S. 183) zeigt, dass Rassismus nicht nur auf einfacher Unwissenheit beruht, sondern von Widerständen gegen das Wissen zum Schutz der Ignoranz verstärkt wird, die er Meta-Ignoranz nennt. Das verhindert „epistemische Reibung“ (Medina 2016, S. 184) mit anderen Perspektiven.

(4) Vernunft und Macht. Die Diskussion hat gezeigt, dass Identitätspolitik auf der Grundlage von Standpunkten eine Sache der Vernunft und des Wissens ist, nicht Perspektivenrelativität.

Um epistemische Blockaden zu lösen, ist es von entscheidender Bedeutung, einen gleichberechtigten Zugang zu sozialen und politischen Institutionen zu gewährleisten. Mit anderen Worten: Um eine starke Objektivität zu erreichen, ist es notwendig, die Demokratie zu demokratisieren. Doch die epistemischen Blockaden verhindern effektiv, dass vernünftige Stimmen Gehör finden. Der Grund dafür ist, dass politische Institutionen nicht aus einer vernünftigen Übereinkunft heraus entstanden sind, sondern die Sedimentation historischer Machtkämpfe sind. Die Vernunft allein ist politisch relativ machtlos. Um Emanzipation zu verstehen, brauchen wir ein historisches und dialektisches Modell von Macht und Vernunft: Bestehende Regime werden durch einen Protest herausgefordert, der die hegemonialen Standards der vernünftigen Deliberation überschreitet, weil diese Standards nicht universalistisch sind, sondern dominante Gruppen durch hermeneutische Ungerechtigkeit privilegieren. Der Protest ist zwar in politische Machtkämpfe verwickelt, die konfrontative und nicht-diskursive Formen annehmen können (d. h. das Ausschließen von Menschen, die Ablehnung von Diskursen, Blockaden, Störungen etc.), wird aber von einer starken Objektivität geleitet, die durch Vernunft entwickelt wird. Diese Vernunft stützt sich auf den gemeinsamen normativen Begriffspool der Demokratie und wird dadurch von einigen Mitgliedern bzw. Institutionen der gesellschaftlichen Hegemonie verstanden und übernommen.



Abb. 3, Demokratie lebt auch durch die Spannung zwischen Vernunft und Macht [Quelle \(https://stock.adobe.com/de/images/business-woman-playing-chess-proactive-business-planning-and-marketing-strategy-just-like-playing-chess-business-competition-and-success-or-leadership-planning-and-strategies-for-victory-concept/517517714?prev_url=detail\)](https://stock.adobe.com/de/images/business-woman-playing-chess-proactive-business-planning-and-marketing-strategy-just-like-playing-chess-business-competition-and-success-or-leadership-planning-and-strategies-for-victory-concept/517517714?prev_url=detail)

Durch eine Kombination aus Macht und Vernunft kann sich der unterdrückte Standpunkt langsam in das hegemoniale Wissen und die Institutionen, die es aufrechterhalten, einschreiben und seine Begrenztheit korrigieren. Wenn der minoritäre Diskurs bereits eine breitere gesellschaftliche Unterstützung und ein breiteres Verständnis erreicht hat, aber immer noch im Wesentlichen angefochten wird, nimmt die Machtpolitik oft die Form einer Umverteilung des Zugangs zu Institutionen und Diskursen an, z. B. durch Förderprogramme, Diversitätsquoten oder [Deplatforming \(https://demokratie.jff.de/glossar/deplatforming/\)](https://demokratie.jff.de/glossar/deplatforming/) von Vertreter*innen des herrschenden Diskurses, allgemein als „Cancel Culture“ bezeichnet.

Diese Mechanismen sind notwendig, um trotz des Widerstands aktiv ignoranter Subjekte epistemische Reibung zu erzeugen. Das ist aber eine Frage der Macht und nicht nur der Vernunft, denn die Vernunft allein ist gerade wegen der epistemischen Beschränkungen, denen die privilegierten Akteur*innen oft unterliegen, von begrenztem Nutzen. Dennoch ist es von zentraler Bedeutung, dass diese Machtpolitik nicht funktionieren kann, ohne von der Vernunft gestützt zu werden, ohne zu stärkerer Objektivität zu führen, die rational verteidigt werden können und werden. Sie finden nur deshalb bei einigen Mitgliedern der dominanten Gruppen Unterstützung, weil sie vernünftig sind, weil sie sich (implizit oder explizit) auf den gemeinsamen Pool universalistischer demokratischer Verpflichtungen beziehen und weil sie auf intersubjektive Verständigung abzielen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die radikaldemokratische und standpunkttheoretische Interpretation von Identitätspolitik zeigt, dass partikulare Identitätspolitiken für die Demokratisierung der Demokratie notwendig sind. Durch die kommunikative Durchbrechung des konventionellen Verständnisses von Universalismus und Objektivität stellen Identitätspolitiken den Raum der Deliberation neu her. Da die Interpretationen von Gleichheit und Freiheit umstritten bleiben werden, ist Demokratisierung ein dynamischer Prozess, der nicht zum Stillstand kommt. Die Spannung zwischen Partikularität und Universalität bzw. Macht und Vernunft kann daher nicht aufgelöst werden, sondern das Oszillieren zwischen beiden Polen ist ein notwendiges Merkmal der Demokratisierung durch Identitätspolitik, und das heißt, der Demokratie insgesamt. Positionaler Fundamentalismus und Relativismus sind das Resultat von Politiken, die dennoch versuchen, diese Spannung einseitig zum Partikularismus hin aufzulösen. Sie sind aber kein grundsätzliches Problem der gemeinsamen Fortentwicklung des demokratischen Universalismus, der bei der Pluralisierung der identitätspolitischen Standpunkte beginnen muss.

veröffentlicht am 30.08.2022

Weitere Fachartikel zum Thema und zu politischer Philosophie unter www.karstenschubert.net (<http://www.karstenschubert.net/>).

Literatur

Feddersen, Jan/Gessler, Philipp (2021). *Kampf der Identitäten: Für eine Rückbesinnung auf linke Ideale*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Fricke, Miranda (2007). *Epistemic Injustice: Power and Ethics of Knowledge*. New York: Oxford Univ. Pr.

Haraway, Donna (1988). „Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective.“ In: *Feminist Studies* 14 (3), pp. 575–99.

Harding, Sandra G. (1993). „Rethinking Standpoint Epistemology: What Is 'Strong Objectivity'?.“ In: Alcoff, Linda/Potter, Elizabeth (Hrsg.), *Feminist Epistemologies (Thinking gender)*. New York [u. a.]: Routledge, pp. 49–82.

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001). *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. 2. ed. London: Verso.

Lefort, Claude (1988). *Democracy and Political Theory*. Cambridge: Polity press.

MacKinnon, Catharine A. (1991). *Toward a Feminist Theory of the State*. Cambridge: Mass. Harvard Univ. Press.

Medina, José (2016). „Ignorance and Racial Insensitivity.“ In: Peels, Rik/Blaauw, Martijn (Hrsg.), *The Epistemic Dimensions of Ignorance*. Cambridge: Cambridge University Press, pp. 178–202.

Mills, Charles Wade (2007). „White Ignorance.“ In: Tuana, Nancy/Sullivan, Shannon (Hrsg.), *Race and epistemologies of ignorance*. SUNY series, philosophy and race. Albany: State University of New York Press, pp. 11–38.

Mouffe, Chantal (2008). *On the Political*. Reprinted. Thinking in action. London: Routledge.

Rancière, Jacques (1999). *Disagreement: Politics and Philosophy*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.

Villa Braslavsky, Paula-Irene (2020). „Identitätspolitik.“ In: *POP*, 9 (1), S. 70–76. DOI: 10.14361/pop-2020-090111.


CC BY-ND 4.0

[Creative Commons Lizenzvertrag](#)

Die Textteile (nicht die Bilder) des Artikels [Partikularismus und Universalismus in der Migrationsgesellschaft](#) von [Schubert, Karsten](#) sind lizenziert mit [CC BY-ND 4.0](#).

Zitation

Schubert, Karsten 2022: Partikularismus und Universalismus in der Migrationsgesellschaft. Im Rahmen des Projektes RISE - Plattform für Jugendkultur, Medienbildung und Demokratie Online verfügbar: <https://demokratie.jff.de/artikel/partikularismus-und-universalismus-in-der-migrationsgesellschaft/>

	<p>Aus dem Projekt:</p> <p>RISE</p> <p>Jugendkulturelle Antworten auf islamistischen Extremismus</p> <p>RISE ist ein Projekt des JFF – Institut für Medienpädagogik in Kooperation mit ufuq.de, Medienzentrum Parabol, Vision Kino und Jugendschutz.net. Es wurde gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.</p>
---	---

Online verfügbar: <https://demokratie.jff.de/artikel/partikularismus-und-universalismus-in-der-migrationsgesellschaft/>

Der Aufbau der Plattform wurde in den Jahren 2019 bis 2021 gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Seit 2024 wird diese Plattform gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.